

Stadtpolizeiliche Statistik 2023

Stadtpolizeiliche
Statistik

2023



Die Stadtpolizeiliche Statistik 2023 knüpft an das neue Format der Jubiläumsausgabe von 2022 an. Vier thematische Schwerpunkte wurden ausgewählt, die den statistischen Werten vorangestellt wurden und damit den Fokus auf die bürgernahen Themen richten, die 2023 von Bedeutung waren:

- **Streifendienst der Stadtpolizei mit einem Zehnjahreshoch im Bahnhofsviertel und der Innenstadt**
- **Alkohol-Testkäufe zum Schutz der Jugend: Erfolgreiche Senkung der Quote unerlaubter Verkäufe von fast 50 auf gut 30 Prozent innerhalb der letzten zehn Jahre**
- **Sondernutzungskontrollen und Kontrollen der Außengastronomie auf zweithöchstem Stand der letzten zehn Jahre**
- **Größere Veranstaltungen und Einsatzlagen – Präsenz für Sicherheit und Ordnung von Sportveranstaltung über Abi-Feiern bis zum Weihnachtsmarkt**

Für drei der vier Top-Themen stehen unter frankfurt.de/stadtpolizeiliche-statistik-2023 Info-Grafiken zum Download zu Verfügung, die Trends und Entwicklungen anschaulich aufzeigen.

Eine **Gesamtdatei** inklusive der vier Top-Themen sowie aller weiteren statistischen Werte im 10-Jahres-Überblick wurden in einer PDF-Datei zusammengestellt. Hier finden sich auch Zahlen und Entwicklungen zu den übrigen Tätigkeitsfeldern der Stadtpolizei, angefangen bei verschiedenen Ermittlungstätigkeiten, über Umwelt- und Naturschutz/Abfallrecht bis hin zu Waffenkontrollen.

Das anklickbare **Inhaltsverzeichnis** liefert einen guten Überblick und erlaubt es, durch Anklicken des gewünschten Themas direkt auf die entsprechende Seite zu gelangen.

Inhaltsverzeichnis

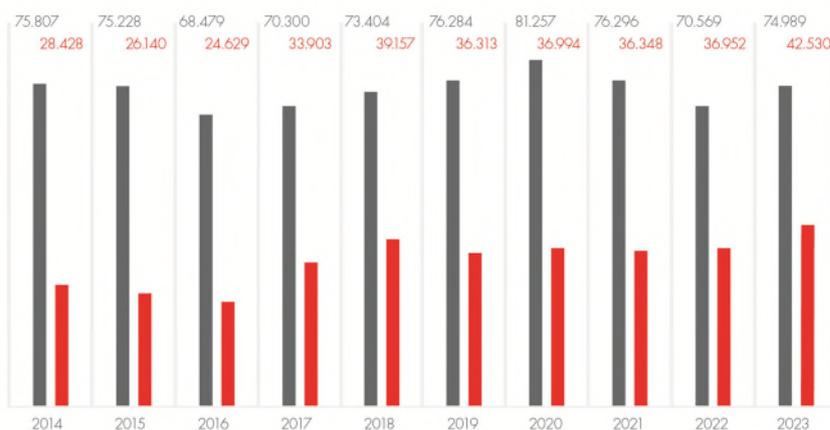
Stadtpolizeiliche Statistik 2023	1
Inhaltsverzeichnis	3
Top-Thema 1: Streifendienst	5
Top-Thema 2: Testkäufe Alkohol	7
Top-Thema 3: Sondernutzungskontrollen und Kontrollen der Außengastronomie	9
Gewerbekontrollen	10
Top-Thema 4: Größere Veranstaltungen und Einsatzlagen	11
Weitere stadtpolizeiliche Maßnahmen im 10-Jahresvergleich	13
Umwelt- und Naturschutz, Abfallrecht	13
Immissionsschutzrechtliche Überprüfungen	14
Ermittlungs- und Auftragstätigkeiten	15
Kfz- und Wohnsitzermittlungen	16
Führerscheineinzüge – KFZ-Entstempelungen	17
Gesundheitsaufsicht	18
Aufenthaltsrecht und illegale Beschäftigung	19
Verbotene Prostitution	20
„Operative Kontroll- und Ermittlungseinheit“ – OPE	21
Verstöße rund ums Auto	22
Kontrollen von Hunden und gefährlichen Hunden	23
Waffenkontrollen	25
Überprüfungen von Personen und Fahrzeugen	27
Repressive Maßnahmen	28
Bußgeldverfahren nach der Gefahrenabwehrverordnung	29
Strafanzeigen der Stadtpolizei	30
Sicherheitstelefon	31
Sicherheitsmobil	32
Impressum	33

Top-Thema 1: Streifendienst

- Die Anzahl der Streifenstunden stieg um 4.420 gegenüber dem Vorjahr und damit um 6,3 Prozent.
- 56,7 Prozent aller Streifenstunden finden im Bahnhofsviertel und in der Innenstadt statt – so viel wie noch nie in den letzten zehn Jahren. Der Hauptteil davon als bürgernehe Fußstreifen.
- Das sind 42.530 von insgesamt 74.989 geleisteten Streifenstunden in 2023.



Streifenstunden Stadtpolizei



— Streifenstunden gesamt
— Streifenstunden Bahnhofsviertel/Innenstadt

- Die Anzahl der Streifenstunden stieg um 4.420 gegenüber dem Vorjahr und damit um 6,3%
- 56,7% aller Streifenstunden finden im Bahnhofsviertel und der Innenstadt statt – so viel wie noch nie in den letzten zehn Jahren
- Das sind 42.530 von insgesamt 74.989 geleisteten Streifenstunden in 2023

ORDNUNGSAMT

Quelle: frankfurt.de/stadtpolizeiliche-statistik-2023

STADT FRANKFURT AM MAIN

Ein wesentlicher Baustein zur Gewährleistung von Sicherheit und Ordnung sowie der Sauberkeit in Frankfurt am Main ist die sichtbare Präsenz uniformierter Stadtpolizistinnen und Stadtpolizisten auf den Straßen, Wegen, Plätzen und in den Grünanlagen. Im Streifendienst werden Gefahren beseitigt, Verstöße gegen Vorschriften geahndet, Auskünfte erteilt und Hilfe geleistet. Erkennbare und ansprechbare Stadtpolizistinnen und Stadtpolizisten vermitteln Sicherheit und schrecken potentielle Täterinnen und Täter durch ihre Präsenz ab.

Seit mehreren Jahren finden die Streifengänge - immer weiter verstärkt - in der Innenstadt und dem Bahnhofsviertel statt, um Verstößen entgegenzuwirken. Bis zum Jahr 2016 fand nur rund jede dritte Streifenstunde in diesen Stadtteilen statt. Inzwischen liegt der Anteil auf einem neuen Höchststand von 56,7 Prozent. Erstmals wurden dort mehr als 40.000 Streifenstunden abgeleistet. Damit leistet die Stadtpolizei ihren Beitrag bei den gemeinsamen Bemühungen von Stadt- und Landespolizei, die Lage im Bahnhofsviertel in den Griff zu bekommen.

Am 1. November 2023 wurde eine Waffenverbotszone im Frankfurter Bahnhofsgebiet eingeführt. Darüber hinaus wurden in 2021 und 2023 drei Videoschutzzonen eingerichtet: im Bahnhofsviertel, an der Hauptwache sowie der Konstablerwache, da auf dieser Achse laut Angaben der Polizei 60 Prozent der Raubüberfälle, 45 Prozent der Taschendiebstähle, 40 Prozent der schweren und gefährlichen Körperverletzungen und knapp 50 Prozent der Rauschgiftdelikte geschehen.

Durch die immer stärkere Bindung in den oben genannten Brennpunkten mussten die Überwachungsmaßnahmen in den Außenbereichen effizienter gestaltet werden. Dies erfolgt anhand entsprechender Koordination der Einsatzkräfte sowie eingehender sachdienlicher Hinweise aus der Bevölkerung. In den Stadtteilen werden vermehrt Kfz-Streifen eingesetzt, um innerhalb kürzester Zeit die ortsgebundenen Problemlagen kontrollieren zu können. Hierdurch kann schnellstmöglich bei Gefahrensituationen oder rechtswidrigen Handlungen eingeschritten werden. Dies erklärt die mehr als 41.000 Streifenstunden, die die Bediensteten der Stadtpolizei mit Fahrzeugen im Stadtgebiet geleistet haben.

Streifenstunden	2014	2015	2016	2017	2018	2019	2020	2021	2022	2023
Gesamt	75.807	75.228	68.479	70.300	73.404	76.284	81.257	76.296	70.569	74.989
- davon mit Kfz.	42.153	41.259	37.318	35.626	38.441	39.568	43.023	39.247	37.872	41.083
- davon zu Fuß	31.748	31.823	30.348	34.042	33.877	35.609	37.056	36.327	31.788	32.755
- davon mit Krad, Fahrrad, Sicherheitsmobil	1.906	2.146	813	631	1.086	1.107	1.178	722	909	1.151
Streifenstunden Innenstadt / Bahnhofsgebiet	28.428	26.140	24.629	33.903	39.157	36.313	36.994	36.348	36.952	42.530
Streifenstunden in den Stadt- teilen	47.379	49.088	43.850	36.397	34.247	39.971	44.263	39.948	33.617	32.459

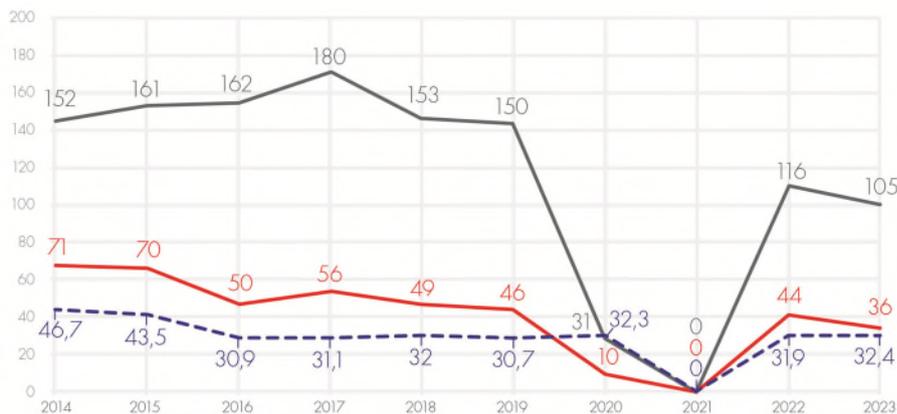
Streifenstunden in %	2014	2015	2016	2017	2018	2019	2020	2021	2022	2023
Entwicklung der Fußstreifenstunden am Gesamtstreifen- aufkommen	41,9	42,3	44,3	48,4	46,2	46,7	45,6	47,6	45,0	43,7
Anteil aller Streifen im Innenstadt- /Bahnhofsgebiet	37,5	34,7	36,0	48,2	53,3	47,6	45,5	47,6	52,4	56,7

Top-Thema 2: Testkäufe Alkohol

- Jugendschutz-Projekt läuft seit 10 Jahren
- Quote der unerlaubten Verkäufe von fast 50 auf gut 30 Prozent gesenkt
- Sieben Testkaufaktionen in 2023 mit 330 Einsatzstunden



Alkoholtestkäufe durch die Stadtpolizei



— Kontrollen insgesamt
— Beanstandungen
- - Beanstandungsquote in %

- Jugendschutz-Projekt läuft seit 10 Jahren
- Quote der unerlaubten Verkäufe von fast 50% auf gut 30% gesenkt
- Sieben Testkaufaktionen in 2023 mit 330 Einsatzstunden
- 2020 und 2021 Corona-bedingt weniger bis gar keine Kontrollen

ORDNUNGSAMT

Quelle: frankfurt.de/stadtpolizeiliche-statistik-2023

STADT FRANKFURT AM MAIN

Im Auftrag des Dezernates IX „Ordnung, Sicherheit und Brandschutz“ führt die Stadtpolizei bereits seit zehn Jahren „Testkäufe Alkohol“ durch. Diese werden durch die Geschäftsstelle des Präventionsrates begleitet und vom Jugend- und Sozialamt unterstützt. Hierbei werden jugendliche Testkäuferinnen und Testkäufer eingesetzt. Diese versuchen, alkoholische Getränke in Supermärkten, Tankstellen, Internet-Cafés, Kiosken und Trinkhallen zu kaufen, obwohl sie hierfür noch nicht alt genug sind. Begleitet werden sie dabei durch speziell geschulte Mitarbeitende der Stadtpolizei, die den Verkaufsversuch beobachten, die Jugendlichen sichern und im Nachgang das Verkaufspersonal über den Testkauf informieren. Im Falle des Nichtverkaufs von Alkohol erfolgt ein Lob; sollte es zu einem Verkauf gekommen sein, erfolgt die Einleitung eines Ordnungswidrigkeitenverfahrens gegen die Betroffenen und gegebenenfalls gegen die Verantwortlichen sowie eine eingehende Belehrung.

In 2023 führte die Stadtpolizei insgesamt sieben Testkaufaktionen in den Stadtteilen Ostend, Fechenheim, Zeilsheim, Sindlingen, Höchst, Nordend, Nieder-Eschbach, Eschersheim, Riedberg, Kalbach, Rödelheim, Fechenheim, Gallus sowie in der Innenstadt durch. Dabei wurden inklusive der Voraufklärung insgesamt 330 Einsatzstunden sinnvoll in den Jugendschutz investiert. In 42 Fällen kam es zum Verkauf von Alkohol. Zwei Kontrollen erwiesen sich als besonders prekär, da der Verkauf durch selbst minderjährige Verkäuferinnen und Verkäufer erfolgte. Dies zog entsprechende Meldungen an das zuständige Regierungspräsidium nach sich und wird für die Erziehungsberechtigten Folgen haben.

Nach nunmehr 10 Jahren seit dem Start der Testkaufaktionen im Jahr 2014, ist es gelungen, die Quote der Verkäufe von fast 50 Prozent auf gut 30 Prozent zu senken. Dennoch ist die Beanstandungsquote immer noch deutlich zu hoch und lässt keine Zweifel an der Notwendigkeit, die Maßnahmen fortzuführen.

Testkäufe Alkohol	2014	2015	2016	2017	2018	2019	2020	2021	2022	2023
Kontrollen gesamt	152	161	162	180	153	150	31	0	116	105
Beanstandungen	71	70	50	56	49	46	10	0	44	36
Beanstandungsquote in %	46,7	43,5	30,9	31,1	32,0	30,7	32,3	0,0	31,9	32,4

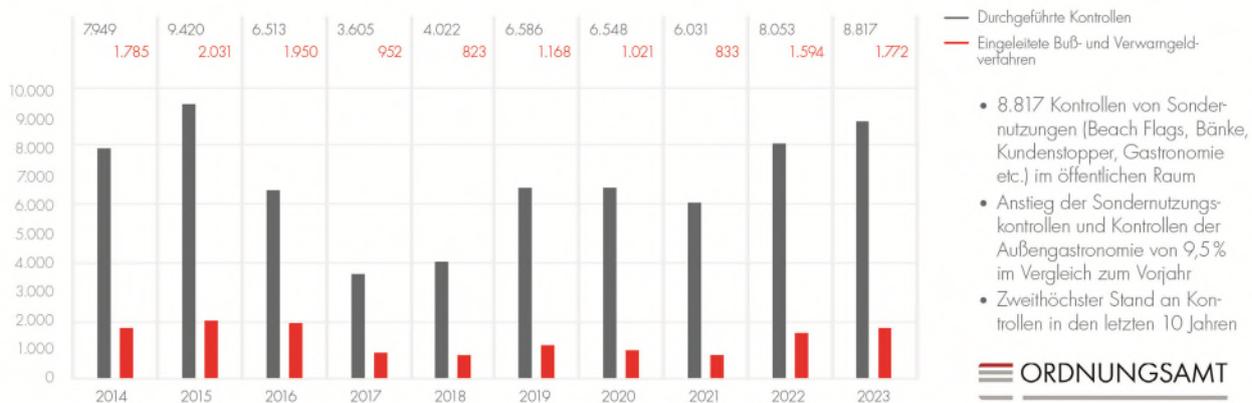
Hinweis: Von März 2020 bis Juli 2022 fanden wegen der Corona-Pandemie keine Testkäufe statt, um eine gesundheitliche Gefährdung aller Beteiligten zu vermeiden und um die gesetzlichen Vorgaben zum Kontaktverbot einzuhalten. Deshalb weist die Statistik in diesen Jahren weit geringere Zahlen aus.

Top-Thema 3: Sondernutzungskontrollen und Kontrollen der Außengastronomie

- 8.817 Kontrollen von Sondernutzungen (Gastronomie, Beach Flags, Bänke, Kundenstopper etc.) im öffentlichen Raum
- Anstieg der Sondernutzungskontrollen und Kontrollen der Außengastronomie von 9,5 Prozent im Vergleich zum Vorjahr
- Zweithöchster Stand an Kontrollen in den letzten 10 Jahren



Sondernutzungs- und Außengastronomie-Kontrollen der Stadtpolizei



Quelle: frankfurt.de/stadtpolizeiliche-statistik-2023

STADT  FRANKFURT AM MAIN

Der Anstieg bei den Sondernutzungsüberprüfungen stand in unmittelbarem Zusammenhang mit der Rückkehr zum Genehmigungsverfahren für Außengastronomieflächen, wie sie vor der Pandemie galten. In der Corona-Zeit war es den Gastronomen gestattet, zusätzliche Außenflächen als Kompensation für räumliche Beschränkungen in den Gasträumen zu nutzen. Hierbei wurden auch Einhausungen (Zelte) gestattet, um diese Flächen während der kälteren Jahreszeit besser nutzen zu können.

Mit der Rückkehr zur Normalität konnten die Gasträume wieder voll genutzt werden. Aus diesem Grund wurden Teile der Außengastronomieflächen ab dem 01.04.2023 wieder der allgemeinen Nutzung zugeführt und die Einhausungen wieder verboten. Ein nicht unerheblicher Teil der Gastronomen hat jedoch keinen Rückbau der Flächen vorgenommen, auslaufende Genehmigungen nicht erneut beantragt oder weiterhin Einhausungen genutzt, obwohl die Veränderungen ausreichend mit ihnen kommuniziert und mit den Gastronomieverbänden abgestimmt worden waren. Aus diesem Grund musste der Überwachungsdruck hier erhöht werden. In der Folge wurden deutlich mehr Verstöße festgestellt.

Gewerbekontrollen

Die Stadtpolizei ist auch für Gewerbeüberwachung zuständig. Hier ist im Vergleich zum Vorjahr ein Rückgang von 26,4 Prozent zu verzeichnen. Dies ist zurückzuführen auf eine großflächige Überwachungsmaßnahme aus dem Jahr 2022. Diese musste nach der Einführung des OASIS*-Schutzsystems zur Eindämmung der Glückspielsucht und Ausdehnung auf die Gastronomiebetriebe durchgeführt werden, um die Nachrüstung in den Gaststätten zu kontrollieren. Dies wurde im Jahr 2022 abgeschlossen. Im Jahr 2023 waren hier nur noch sporadische Kontrollen notwendig, so dass in der Folge die Zahlen rückläufig sind.

Durchgeführte Kontrollen	2014	2015	2016	2017	2018	2019	2020	2021	2022	2023
gesamt, davon	11.941	15.115	12.725	8.903	9.918	12.627	20.513	8.955	10.880	11.031
- Gewerbebetriebe	3.057	5.150	5.738	5.007	5.530	5.671	13.741	2.715	2.545	1.874
- Reisegewerbe	935	545	474	291	366	370	224	209	282	340
- Sondernutzungen	7.949	9.420	6.513	3.605	4.022	6.586	6.548	6.031	8.053	8.817

Eingeleitete Buß- und Verwarngeldverfahren	2014	2015	2016	2017	2018	2019	2020	2021	2022	2023
gesamt, davon	2.430	2.794	2.801	1.822	1.613	2.006	1.356	1.277	2.180	2.275
- Gewerbebetriebe	493	721	789	790	740	794	303	428	556	470
- Reisegewerbe	152	42	62	80	50	44	32	16	30	33
- Sondernutzungen	1.785	2.031	1.950	952	823	1.168	1.021	833	1.594	1.772

*OASIS steht für „Online Abfrage Spieler Status“ und ist ein spielformübergreifendes, bundesweites Spiellersperrsystem an Geldgewinngeräten.

Top-Thema 4: Größere Veranstaltungen und Einsatzlagen

- Bereits seit 10 Jahren Überwachung der Abi-Feiern im Grüneburgpark
- 800 Streifenstunden bei der Überwachung „NFL Frankfurt Games“ in Frankfurt
- 457 Streifenstunden zur Überwachung des Frankfurter Weihnachtsmarktes
- Überwachung Silvester-Böllerverbot rund um den Frankfurter Zoo

2023 fanden in Frankfurt am Main mehr als 600 Veranstaltungen statt. Die Stadtpolizei nimmt seit vielen Jahren umfangreiche Aufgaben bei verschiedenen Veranstaltungen wahr, unter anderem beim Radrennen Eschborn-Frankfurt, beim JP-Morgan-Lauf, beim City-Triathlon, beim Ironman Frankfurt und beim Marathon.

Folgende Veranstaltungen/Einsatzlagen sind für das Jahr 2023 besonders hervorzuheben:

Abitur-Feiern im Grüneburgpark:

Schon seit 2014 überwacht die Stadtpolizei in enger Kooperation mit der Landespolizei, dem Grünflächenamt und dem ASB Frankfurt die jährlich stattfindenden Abi-Feiern im Grüneburgpark. Hierbei feierten auch 2023 rund 1.100 Abiturientinnen und Abiturienten mit Freunden das Ende der Abiturprüfungen. 2023 setzte die Stadtpolizei bei diesem Großeinsatz mit 28 Bediensteten erstmals den BOS-Digitalfunk ein, Dabei handelt es sich um einen bundesweiten digitalen Funk, der alle Behörden mit besonderen Aufgaben der Sicherheit und Ordnung vernetzt. Dies ermöglichte der Stadtpolizei direkt mit anderen Behörden, wie der Landespolizei, dem Rettungsdienst und der Feuerwehr zu kommunizieren und Maßnahmen abzustimmen.

NFL Experience Frankfurt Week:

Anfang November 2023 fand in Frankfurt erstmals die Eventveranstaltung „NFL Experience Frankfurt Week“ auf dem Roßmarkt statt. Sie war das Begleitprogramm für zwei offizielle Liga-Spiele der „National Football League (NFL)“ von vier amerikanischen Spitzenmannschaften im „Deutsche Bank Park“. Insgesamt wurden, verteilt auf vier Tage, rund 800 Streifenstunden in den Bereichen Innenstadt und Stadion aufgewendet. Neben unzähligen Sondernutzungs- und Gewerbekontrollen wurden zwei Strafverfahren wegen Produktfälschung, ein Strafverfahren wegen Betrug zum Nachteil des Jobcenters eingeleitet und sechs Verstöße gegen die Gewerbeordnung sowie das Sonntagsverkaufsverbot geahndet. Hier erfolgte die Sicherstellung von Waren. Die Maßnahmen dienen gleichzeitig als Vorbereitung auf die Einsatzmaßnahmen bei der Fußball-Europameisterschaft 2024, sowohl hinsichtlich der eigenen Aufgabenwahrnehmung als auch der Zusammenarbeit mit der Polizei, Feuerwehr und den Rettungsdiensten.

Weihnachtsmarkt:

Einen weiteren Schwerpunkt stellt die Überwachung des jährlich vom Römerberg bis zum Roßmarkt stattfindenden Weihnachtsmarktes dar. An 25 Markttagen besuchten rund zwei Millionen Menschen den Weihnachtsmarkt, der damit einer der größten in Deutschland und als wahrer Besuchermagnet weit über die Grenzen des Rhein-Main-Gebietes bekannt ist. Die Stadtpolizei teilt sich mit der Landespolizei die Sicherung des Festgeländes und führt bei 457 Streifenstunden im zugewiesenen Bereich alle erforderlichen Maßnahmen zur Sicherheit und Ordnung durch.

Silvester 2023/24:

Die Einsätze in den Silvesternächten stellen für alle Einsatzkräfte, egal ob Feuerwehr, Rettungsdienst, Polizei oder Stadtpolizei, alljährlich eine große Herausforderung dar. Die Feiern im öffentlichen Raum und insbesondere das Abfeuern der Feuerwerkskörper gingen in den letzten Jahren mit immer mehr Aggressionen, Sachbeschädigungen und Übergriffen auf Einsatzkräfte einher.

Bei diesem Jahreswechsel war die Stadtpolizei erstmals mit der Aufgabe befasst, das Böllerverbot zum Schutze des Frankfurter Zoos durchzusetzen. Hier besteht die große Gefahr, dass durch Raketen und andere Pyrotechnik leicht Brände ausgelöst werden können, da viele Bedachungen im Zoo aus Stroh oder Kunststoff bestehen und reichlich Heu sowie Stroh auch auf Freiflächen verteilt sind. Dank eines umfangreichen Konzeptes sowie der medialen Aufklärung im Vorfeld verlief der Einsatz friedlich und ohne Zwischenfälle.

Weitere stadtpolizeiliche Maßnahmen im 10-Jahresvergleich

Umwelt- und Naturschutz, Abfallrecht

Die Abfallermittlungen haben sich gegenüber dem Vorjahr von 1.746 auf 2.077 Vorgänge um zirka 19 Prozent gesteigert. Es wurden damit erstmals mehr als 2.000 Abfallermittlungen durchgeführt. Zurückzuführen ist dies unter anderem auf das neue FES-Portal, mit dem die Stadtpolizei im Außendienst effektiver und schneller festgestellte Abfallablagerungen kontrollieren kann. Im Falle illegaler Abfallablagerungen wird dies unmittelbar der FES zur Planung der Beseitigung gemeldet. Überdies bestehen bei zu früh bereitgestelltem Sperrmüll durch das FES-Portal mehr Ermittlungsansätze.

Bei den Ordnungswidrigkeitenanzeigen hat sich gegenüber dem Vorjahr bei den Sperrmüllanzeigen ein leichter Rückgang um 3,2 Prozent und bei den sonstigen Abfällen um 5,6 Prozent ergeben, was in beiden Fällen normalen Schwankungen entspricht. Die festgestellten und sanktionierten Kleinabfälle konnten wiederum auf einen neuen Höchstwert gesteigert werden, und zwar um 6,2 Prozent auf 460 Anzeigen.

Als weitere Besonderheit hat sich im Jahr 2023 die Anzahl an Bürgerbeschwerden wegen dauerhaft im öffentlichem Raum abgestellter Mülltonnen, die zum Teil auch überlaufen und dort über Wochen stehen, erhöht. In der Folge werden diese oft von obdachlosen Personen nach Verwertbarem durchsucht, was zu starken Verunreinigungen im Umfeld der Mülltonnen führt. Besonders betroffen waren das Bahnhofsgebiet, aber auch die Stadtteile Höchst und die Innenstadt. Um dem zu begegnen, wurden gezielte Kontrollen aufgrund von konkreten Beschwerden und auch stadtteilbezogene Schwerpunktkontrollen in Höchst und im Bahnhofsgebiet durchgeführt. Hierdurch konnten 59 Ordnungswidrigkeiten wegen illegal außerhalb von Leerungsterminen bereitgestellter Mülltonnen eingeleitet werden.

Abfallermittlungen	2014	2015	2016	2017	2018	2019	2020	2021	2022	2023
Gesamt	1.243	1.306	1.259	1.181	1.360	1.298	1.632	1.818	1.746	2.077

Eingeleitete Buß- und Verwarngeldverfahren	2014	2015	2016	2017	2018	2019	2020	2021	2022	2023
Gesamt	253	240	178	240	309	267	493	721	668	684
- Kleinabfälle	103	84	46	88	102	99	271	448	433	460
- Sperrmüll	90	93	76	84	125	95	102	146	93	90
- sonstige Abfälle	60	63	56	68	82	73	120	127	142	134

Immissionsschutzrechtliche Überprüfungen

Die Kontrolle von Lärm- und Geruchsbeschwerden, meist ausgehend von Gaststätten oder Veranstaltungen, zählt ebenfalls zum Aufgabengebiet der Stadtpolizei. Bei Veranstaltungen mit Musikdarbietungen werden die Werte durch die Bediensteten im Voraus gemessen und eventuell regulierend eingegriffen. Die Überprüfungen von Shisha-Bars erfolgen hinsichtlich der Einhaltung der Vorschriften zur Belüftung und der Herstellung der Glühkohlen. Hierbei kann das lebensgefährliche Kohlenmonoxid entstehen, weshalb hier entsprechende Messungen durchgeführt werden.

Die Gesamtzahl der immissionsschutzrechtlichen Überprüfungen in Gaststätten konnte 2023 erneut von 656 im Vorjahr auf 703 gesteigert werden. Mit 134 begleiteten Großveranstaltungen wurde der Höchstwert aus dem Jahr 2019 nur knapp verfehlt. Dank des hohen Kontrolldrucks und der geleisteten Aufklärungsarbeit, ist die Zahl der eingeleiteten Bußgeldverfahren mit 52 weit von den Höchstwerten in 2014 und 2020 entfernt.

Immissionsschutzrechtliche Überprüfungen in Gaststätten	2014	2015	2016	2017	2018	2019	2020	2021	2022	2023
Gesamt	609	628	543	461	654	631	496	524	656	703
aufgrund von Beschwerden	437	446	313	329	436	425	387	440	561	586
Bauvorprüfungsverfahren, Shisha-Bars, Präventivkontrollen etc.	172	182	230	132	218	206	109	84	95	117
Eingeleitete Bußgeldverfahren	88	45	32	31	22	46	137	65	44	52
Immissionsschutzrechtliche Überprüfungen bei Veranstaltungen	97	77	83	72	96	136	75	67	130	134

Ermittlungs- und Auftragstätigkeiten

Neben der Streifentätigkeit der uniformierten Einsatzkräfte führt die Stadtpolizei Ermittlungen und Auftragstätigkeiten überwiegend in zivil durch.

Ermittlungen erfolgen u.a. wegen

- illegaler Müllablagerungen aller Art,
- Entstempelung von Kraftfahrzeugen,
- Sicherstellung von Führerscheinen,
- Aufbewahrung von Waffen in Privathaushalten,
- Verstößen gegen das Aufenthaltsgesetz,
- Feststellung des tatsächlichen Wohnsitzes.

Im Rahmen der **Auftragstätigkeiten** werden u.a.

- Gewerbebetriebe und Gaststätten kontrolliert,
- aufenthaltsrechtliche Maßnahmen durchgeführt,
- psychisch kranke Personen nach dem Hessischen Gesetz über Hilfen bei psychischen Krankheiten (Psychisch-Kranken-Hilfe-Gesetz - PsychKHG) der Psychiatrie zugeführt,
- immissionsschutzrechtliche Messungen und Überprüfungen vorgenommen.

Ursächlich für den Rückgang der Ermittlungsstunden von rund fünf Prozent gegenüber den beiden Vorjahren waren vor allem die vorgenommenen Reduzierungen im Bereich der Gaststättenüberwachung (siehe Top-Thema 3). Die Kontrollkapazitäten reichten noch aus, um bei Beschwerdelagen zeitnah zu reagieren. Auf der anderen Seite ist die präventive Überwachung, d.h. anlassunabhängige Kontrollen in Gaststätten, Shisha-Bars, Gewerbebetrieben etc., personalbedingt rückläufig. Aus stadtpolizeilicher Sicht wäre es wünschenswert, wenn Verstöße aufgrund der engmaschigen Kontrollen gar nicht erst entstünden, statt diese im Nachhinein ahnden zu müssen. Hier spielen die zur Verfügung stehenden personellen Ressourcen eine entscheidende Rolle. Diese sind wiederum vom finanziellen Handlungsspielraum und von den gesamtstädtischen Interessen bei der Mittelverteilung abhängig.

Ermittlungen und Aufträge	2014	2015	2016	2017	2018	2019	2020	2021	2022	2023
in Stunden	32.360	34.495	36.595	32.122	25.765	23.085	18.620	23.083	23.006	21.826

Kfz- und Wohnsitzermittlungen

Die Wohnsitzermittlungen sind abhängig von den Aufträgen der Auskunft ersuchenden Behörden. Für das Jahr 2023 ist hier ein weiterer Anstieg an Kfz-Ermittlungen zu verzeichnen, gleichzeitig gingen die Ersuchen nach Wohnsitzermittlungen zurück.

Die Anzahl der Kfz-Ermittlungen resultiert aus den eingeleiteten Fahndungersuchen der Kfz-Versicherer. Diese Ersuchen sind gegenüber 2022 wieder angestiegen, liegen aber weiterhin deutlich unter den Werten der Jahre 2014 bis 2016.

Ermittlungen	2014	2015	2016	2017	2018	2019	2020	2021	2022	2023
gesamt	17.955	18.068	16.163	13.687	13.844	14.485	11.915	14.953	16.160	14.709
Kfz-Ermittlungen*	15.602	15.252	13.159	10.814	10.125	9.903	7.522	8.904	9.818	10.221
Wohnsitzermittlungen*	2.353	2.816	3.004	2.873	3.719	4.582	4.393	6.049	6.342	4.488

* inkl. Nachermittlungen

Führerscheineinzüge – KFZ-Entstempelungen

Führerscheineinzüge erfolgen aufgrund von ausgesprochenen Fahrverboten, wenn der Führerschein nicht abgegeben wurde. Die Kraftfahrzeug-Entstempelungen werden vorgenommen, wenn gegen das Pflichtversicherungsgesetz verstoßen wird oder angezeigte Mängel nicht behoben wurden.

Durch die weiterhin anhaltende Praxis des Home-Office in vielen Arbeitsbereichen erfolgten weniger Fahrten von und zum Arbeitsplatz. Daraus folgend ergaben sich weniger Verkehrsverstöße und damit entsprechend weniger Fahrverbote. Die Zahl ging im Vergleich zum Vorjahr erneut zurück auf 196 Führerscheineinzüge.

Die Anzahl der zwangsweisen Außerbetriebsetzungen liegt weiterhin auf einem vergleichsweise niedrigen Stand und hat sich im Vergleich zu 2022 erneut reduziert auf 894.

Maßnahmen	2014	2015	2016	2017	2018	2019	2020	2021	2022	2023
Gesamt	1.491	1.736	1.505	1.576	1.537	1.670	1.079	1.167	1.174	1.090
Führerscheineinzüge	331	385	447	424	419	529	240	219	236	196
Zwangswise Außerbetriebsetzung von Kfz.	1.160	1.181	1.058	1.152	1.118	1.141	839	948	938	894

Kfz = Kraftfahrzeug

Gesundheitsaufsicht

Die Anzahl der Maßnahmen nach dem Psychisch-Kranken-Hilfe-Gesetz (PsychKHG) richtet sich nach den Meldungen gefährdeter Personen durch die Landespolizei, die Sozialämter sowie die Gerichte. Die Stadtpolizei ist vorwiegend für die Zuführungen zu den Kliniken während der Tageszeit zuständig.

Den Maßnahmen nach dem Infektionsschutzgesetz liegen zumeist Meldungen aus der Bevölkerung über Ratten- oder sonstigen Ungezieferbefall vor, die vorwiegend durch Ablagerungen im öffentlichen Raum (z.B. durch Essensreste) hervorgerufen werden. In beiden Fällen sind kurzfristig und anlassbezogen Maßnahmen durchzuführen.

Maßnahmen	2014	2015	2016	2017	2018	2019	2020	2021	2022	2023
gesamt	745	1.216	1.123	823	541	489	600	639	631	587
nach dem PsychKHG	547	693	656	470	253	199	221	235	276	281
nach dem IfSG	198	523	467	353	288	290	379	404	355	306

Aufenthaltsrecht und illegale Beschäftigung

Dieser Bereich umfasst die Überprüfungen der Berechtigungen nichtdeutscher Personen zum Aufenthalt im Bundesgebiet sowie Kontrollen hinsichtlich der Arbeitserlaubnis und Ermittlungen zur Feststellung von Scheinehen.

Die Zahl der eingeleiteten Strafverfahren nach dem Aufenthaltsgesetz befindet sich im Vergleich zum Vorjahr mit steigender Tendenz von 345 auf 407 Verfahren auf einem mittleren Niveau. Wie bereits in den Jahren zuvor, resultiert ein Teil dieser Verfahren aus Meldungen von aufenthaltsrechtlichen Verstößen durch die Ausländerbehörde.

Die Ermittlungsaufträge im Bereich der Scheinehen bewegen sich auf dem durchschnittlichen Niveau der Vorjahre. Im Bereich des Deliktfeldes der illegalen Beschäftigung konnte durch eine gesteigerte Anzahl von Kontrollen die Anzahl der Arbeitgeberverfahren von 24 auf 35 gesteigert werden.

Maßnahmen	2014	2015	2016	2017	2018	2019	2020	2021	2022	2023
Gesamt	729	636	683	816	704	552	438	490	420	489
Ermittlungen zur Feststellung von Scheinehen	91	67	37	67	53	78	100	174	51	47
Eingeleitete Strafverfahren nach dem Aufenthaltsgesetz	441	449	485	583	570	458	322	308	345	407
Strafverfahren gegen Arbeitgeber/innen wg. illegaler Beschäftigung nichtdeutscher Staatsangehöriger	67	37	64	91	46	16	16	8	24	35
Abschiebungen durch die Stadtpolizei	130	83	97	75	35 (bis 01.07.)	* entfallen	entfallen	entfallen	entfallen	entfallen

* Seit 01.07.2018 dem RP Darmstadt zugewiesen

Verbotene Prostitution

Im Bereich des Bahnhofsgebietes erfolgte nach Beendigung der Pandemielage ein erwarteter Rückgang der unerlaubten Straßenprostitution und gleichzeitig wieder eine stärkere Verlagerung der Prostitution in die Laufhäuser. Hierdurch erklärt sich der stärkere Rückgang im Bereich Ordnungswidrigkeitenverfahren und Strafanzeigen gegenüber dem Jahr 2021 von 56 auf 14 (2022) und 11 (2023) Strafanzeigen.

Strafanzeigen der Stadtpolizei (ohne Verstöße gegen das BtMG)	2014	2015	2016	2017	2018	2019	2020	2021	2022	2023
Verbotene Prostitution § 184 f StGB	14	11	5	6	0	4	49	56	14	11

Statistische Werte Prostitution 2023:

Ordnungswidrigkeitenanzeigen „Verstoß gegen die Sperrgebietsverordnung“	18
Ordnungswidrigkeitenanzeigen „Verstoß gegen das Prostituiertenschutzgesetz“	98
Strafanzeigen nach § 184f Strafgesetzbuch wegen des wiederholten Verstoßes gegen die Sperrgebietsverordnung	7
Strafverfahren gegen ausländische Staatsangehörige aus Drittstaaten	91

Auf einem gleichbleibend hohen Niveau befanden sich die Festnahmen von ausländischen Staatsangehörigen im Bereich der Prostitutionsausübung in Privatwohnungen bzw. Hotels. Insgesamt wurden in diesem Deliktsbereich 91 Strafverfahren gegen ausländische Staatsangehörige aus sogenannten Drittstaaten (Staaten außerhalb der EU) eingeleitet. Durch die Justizbehörden erfolgten Verurteilungen in 14 Fällen zu Geldstrafen und insgesamt wurden 49.190 Euro aus Taterträgen eingezogen.

„Operative Kontroll- und Ermittlungseinheit“ – OPE

Die Operative Ermittlungs- und Kontrolleinheit (OPE) erzielte - teilweise in Kooperation mit bzw. in Ergänzung anderer Dienstgruppen - folgende Jahreswerte:

Statistische Werte der OPE 2023

Gewerbekontrollen	273
Ordnungswidrigkeitenverfahren	278
Strafverfahren	68
Sicherstellung von Geld- und Unterhaltungsspielgeräten	137
Betriebsschließungen	11
Betriebsschließungen dauerhaft	2
Verhängte Bußgeldforderungen	47.793 Euro

Aufgrund der langjährigen Erfahrung erkennen die Mitarbeitenden manipulierte oder nicht zugelassene Geldspielautomaten sofort. Die Mitarbeitenden der OPE der Stadtpolizei sind mittlerweile bundesweit bekannt, gelten als Vorreiter in der Bekämpfung der Kriminalität im Zusammenhang mit dem Betreiben illegaler Geldspielautomaten und haben seit der Gründung der OPE im Jahr 2018 insgesamt 188 illegale Geldspielgeräte im Wert von über einer Millionen Euro sichergestellt und deren fachgerechte Vernichtung veranlasst.

Im Jahr 2022 wurde die Installation des OASIS*-Schutzsystems zur Eindämmung der Glückspielsucht auf die Gastronomiebetriebe ausgedehnt, in denen ebenfalls – wenn auch in geringerer Zahl im Vergleich zu Spielhallen – Geldspielgeräte installiert wurden. Hier musste im Jahr 2022 eine großflächige Überwachungsmaßnahme nach der Einführung durchgeführt werden, um die Nachrüstung in den Gaststätten zu kontrollieren. Dies wurde im Jahr 2022 durchgeführt und abgeschlossen. Im Jahr 2023 waren nur noch vereinzelte Nachkontrollen nötig.

*OASIS steht für „Online Abfrage Spieler Status“ und ist ein spielformübergreifendes, bundesweites Spielersperrsystem an Geldgewinnerngeräten.

Verstöße rund ums Auto

Für diese Verstöße ist die Stadtpolizei nur subsidiär zuständig, schreitet jedoch beim Feststellen von groben Verstößen oder im Rahmen von Großveranstaltungen ein. Besonders auffällig ist hier, die um mehr als den Faktor vier gestiegene Anzahl der Parkverstöße auf den Feld- und Forstwegen: von 108 (2022) auf 448 (2023). Diese stehen im Zusammenhang mit Veranstaltungen im Deutsche Bank Park und bieten Anlass für weitere Kontrollen im laufenden Jahr.

Eingeleitete Buß- und Verwarngeldverfahren	2014	2015	2016	2017	2018	2019	2020	2021	2022	2023
Ruhender Verkehr (Falschparken), davon:	4.637	4.788	4.343	4.260	4.140	4.331	3.148	3.216	4.704	4.552
- im öffentlichen Straßenverkehr	2.224	2.828	2.049	2.522	2.390	2.349	2.334	2.876	4.036	3.659
- in Grünanlagen	1.273	1.019	831	804	800	1.130	498	223	560	445
- auf Feld- und Forstwegen	1.140	941	1.463	934	950	852	316	117	108	448
StVO sonstige (ohne Führerschein, Telefonieren, Feinstaubplakette usw.)	3.545	3.182	2.503	1.796	2.228	2.061	1.407	1.397	1.883	2.170
StVZO/FZV (entstempelte Kfz., Fahrzeugmängel usw.)	1.131	1.346	926	571	553	898	709	1.073	1.124	1.021

StVO = Straßenverkehrsordnung / StVZO= Straßenverkehrs-Zulassungs-Ordnung / FZV = Fahrzeug-Zulassungs-Verordnung

Kontrollen von Hunden und gefährlichen Hunden

Die Kontrollen erfolgen bezüglich der mitzuführenden Unterlagen, der Beachtung der Anleinpflcht und der Hundeverbotzonen sowie der ordnungsgemäßen Entsorgung der Hinterlassenschaften der „Vierbeiner“. Während die Zahl der Hundekontrollen zurückgegangen ist, sind die verhängten Bußgeldverfahren bei den Hundehalterinnen und Hundehaltern auf gleichem Niveau geblieben, bei den Listenhundehaltern jedoch wieder deutlich angestiegen. Hier sind weiterhin entsprechende Bestreifungen und Kontrollen angezeigt. Die Sicherstellungen von Listenhunden durch die Stadtpolizei (m/w/d) haben nach einem deutlichen Rückgang im Vorjahr wieder annähernd den Wert des Jahres 2021 erreicht.

Der Amtstierärztliche Dienst wurde im Jahr 2023 in 53 Fällen unterstützt. Es wurden 19 Hunde, 38 Katzen, fünf Vögel und zwei Kaninchen sichergestellt. Sechs Hunde mussten in die Quarantäne-Station ins Tierheim Fechenheim verbracht werden. Zusätzlich wurden durch die Stadtpolizei weitere Transporte von Fundtieren, bzw. verletzten Tieren durchgeführt; diese gliedern sich wie folgt: 12 Vögel, 26 Hunde, 21 Katzen, zwei Kaninchen, ein Igel und eine Schlange.

Zur Abklärung von eventuellen Tierseuchen wurden vier tote Wildvögel und ein toter Fuchs ins Ordnungsamt transportiert und von dort aus zur Untersuchung eingeschickt. Die Stadtpolizei wurde 18 Mal wegen freilaufender Hunde in Grünanlagen alarmiert und konnte durch ihr schnelles Einschreiten mögliche Gefahren beseitigen. Die Landespolizei wurde bei 16 Einsätzen unterstützt. Dabei konnten insgesamt zehn Hunde sichergestellt werden. In zwei Fällen erfolgte die Unterstützung der Städtischen Verkehrspolizei wegen Hunden, die bei sommerlichen Temperaturen aus dem Fahrzeug befreit und in das Tierheim Fechenheim verbracht werden mussten.

Hundekontrollen	2014	2015	2016	2017	2018	2019	2020	2021	2022	2023
gesamt, davon	3.804	4.279	3.298	2.222	2.027	2.986	3.219	2.810	2.777	2.330
- Hunde	3.441	3.889	2.892	1.956	1.854	2.803	3.004	2.620	2.607	2.183
- Listenhunde	363	390	406	266	173	183	215	190	170	147

Eingeleitete Buß- und Verwarngeldverfahren gegen Halter/innen bzw. Führer/innen von	2014	2015	2016	2017	2018	2019	2020	2021	2022	2023
Gesamt	562	326	249	230	216	261	174	118	168	179
Hunden	352	202	137	150	127	181	117	80	129	131
Listenhunden	210	124	112	80	89	80	57	38	39	48

Beanstandungsquote in % (Bußgeldverfahren/ Kontrollen)	2014	2015	2016	2017	2018	2019	2020	2021	2022	2023
Halter/innen von Hunden	10,2	5,2	4,7	7,7	6,9	6,5	3,9	3,1	4,9	6,0
Halter/innen Listenhunden von	57,9	34,2	27,6	30,1	51,2	43,7	26,5	20,0	22,9	32,7

Sicherstellungen von Hunden	2014	2015	2016	2017	2018	2019	2020	2021	2022	2023
Sicherstellungen gesamt	71	68	53	48	48	32	25	31	12	37

Waffenkontrollen

Hierbei handelt es sich um die Überprüfung der Waffenaufbewahrung in Privathaushalten. Dazu gehören auch die Sicherstellung und Entgegennahme von freiwillig abgegebenen Waffen und Munition; in der Regel aufgrund von Aufträgen aus der Fachabteilung. Im Jahr 2023 wurden 92 Überprüfungsaufträge der Waffenbehörde durch die Fachdienstgruppe der Stadtpolizei bearbeitet. Das waren 12 Prozent weniger als im Vorjahr.

Hiervon wurden in 65 Fällen (Vorjahr 68 Fälle) keine Beanstandungen festgestellt. Die Anzahl blieb damit auf dem gleichen Niveau des Vorjahres. In 27 Fällen erfolgten Beanstandungen, was einer Quote von 29,3 Prozent und somit einem Rückgang gegenüber dem Vorjahr entspricht, wo die Quote noch bei 34,6 Prozent lag. Resultierend aus den Beanstandungen erfolgte die Sicherstellung von 37 Langwaffen, 22 Kurzwaffen sowie 6.836 Schuss Munition. Das entspricht einem Anstieg von 68 Prozent bei den Langwaffen, einem Rückgang von 46 Prozent bei den Kurzwaffen und einem Anstieg von 19 Prozent bei der sichergestellten Munition – jeweils im Vergleich zu 2022.

Erbschaftsangelegenheiten und die freiwillige Abgabe im Rahmen des Eigentumsverzichts waren weitere Gründe für die Einziehung von Waffen und Munition. Hier wurden 78 Prozent mehr Landwaffen, 21 Prozent weniger Kurzwaffen und 13 Prozent weniger Munition gegenüber dem Vorjahr abgegeben. Die freiwillige Abgabe von Munition liegt auf dem geringsten Niveau seit dem Jahr 2014. Alle eingezogenen Waffen und die Munition wurden der Vernichtung zugeführt, soweit sie nicht in Strafverfahren als Beweismittel benötigt wurden.

Waffenkontrollen	2014	2015	2016	2017	2018	2019	2020	2021	2022	2023
Gesamt	81	188	320	265	95	96	129	109	104	92
ohne Beanstandungen	77	139	262	145	76	58	83	80	68	65
mit Beanstandungen	4	49	58	80	19	38	46	29	36	27

Sicherstellung von Waffen/Munition	2014	2015	2016	2017	2018	2019	2020	2021	2022	2023
Langwaffen	*	*	*	110	24	35	22	30	22	37
Kurzwaffen	*	*	*	97	44	59	42	56	41	22
Munition (in Schuss)	*	*	*	27.189	961	8.670	18.174	7.168	5.734	6.836

* Die statistische Erfassung der Stadtpolizei erfolgt erst ab 2017

Freiwillige Abgabe von Waffen/ Munion	2014	2015	2016	2017	2018	2019	2020	2021	2022	2023
Langwaffen	49	135	64	43	21	20	35	32	27	48
Kurzwaffen	44	95	105	66	18	18	66	95	53	42
Munion (in Schuss)	3.011	17.909	11.547	6.394	5.762	5.005	12.549	2.293	2.399	2.083

Überprüfungen von Personen und Fahrzeugen

Hierbei handelt es sich um Identitätsfeststellungen zur Verfolgung von Ordnungswidrigkeiten und Straftaten, die im Rahmen der Streifengänge und Ermittlungen erfolgen. Schwerpunkte sind das Bahnhofsgebiet und die Innenstadt.

Fahrzeugüberprüfungen erfolgen zur Aufrechterhaltung der Verkehrssicherheit und zur Feststellung nicht versicherter Kraftfahrzeuge, bzw. zur Gefahrenabwehr bei auffälliger Fahrweise (Verdacht auf Alkohol-, Medikamenten- oder Drogenkonsum).

Die Anzahl der Personen- und Fahrzeugüberprüfungen liegt im üblichen Schwankungsbereich über den Betrachtungszeitraum von 10 Jahren. Die Jahre 2020 und 2021 sind hinsichtlich der Corona-bedingten Personenüberprüfungen gesondert zu betrachten.

Überprüfungen durch die Stadtpolizei	2014	2015	2016	2017	2018	2019	2020	2021	2022	2023
Überprüfte Personen	17.994	20.789	20.689	21.084	24.785	20.084	44.624	43.216	20.352	19.473
Überprüfte Fahrzeuge	10.381	11.409	9.140	6.430	7.124	9.547	8.908	9.662	9.462	10.495

Repressive Maßnahmen

Unter repressive Maßnahmen der Stadtpolizei fallen Ermahnungen, Belehrungen, Verhängen und Vereinnahmen von Verwarnungsgeldern bis hin zur Einleitung von Bußgeld- oder Strafverfahren im Zusammenhang mit den Zuständigkeiten der Stadtpolizei.

Der Gesamtwert der repressiven Maßnahmen ist annähernd gleichgeblieben. Mit Ende der Corona-Maßnahmen nahm auch die Zahl der ausgesprochenen Barverwarnungen (Maskenverstöße), wie auch die der Platzverweise deutlich ab (- 220). Gleichzeitig stiegen die Einlieferungen in die Haftzellen stark an, was auf eine gestiegene Anzahl von Verfahren im Bereich der illegalen Prostitutionsausübung sowie Verstößen nach dem Aufenthaltsgesetz zurückzuführen ist.

Repressive Maßnahmen	2014	2015	2016	2017	2018	2019	2020	2021	2022	2023
gesamt	18.498	23.649	22.194	26.601	25.757	29.600	39.615	33.271	31.181	30.287
Ermahnungen/ Belehrungen/ Allgemeine Gefahren- abwehr	1.993	5.205	5.661	9.920	8.623	11.479	17.943	14.284	14.087	14.488
Bar- verwarnungen	763	586	507	616	780	1.004	1.503	993	512	491
Eingeleitete Ordnungs- widrigkeiten- verfahren	14.760	16.537	14.744	13.666	13.943	15.105	18.553	16.345	15.052	14.020
Platzverweise	422	634	456	1.083	1.293	979	912	807	674	454
Sistierungen	308	368	402	783	561	393	269	462	336	348
Einlieferungen in die Haftzellen	78	74	83	131	80	115	47	63	94	123
Sicher- stellungen (ohne Hunde + Führerscheine)	174	245	341	402	477	525	388	317	426	363

Bußgeldverfahren nach der Gefahrenabwehrverordnung

Die Zahlen des aggressiven Bettelns sind nach dem Anstieg in den letzten beiden Jahren wieder rückläufig. Hier hat offensichtlich der Kontrolldruck der Stadtpolizei durch mehr Fußstreifen in den Einkaufsstraßen zu einem veränderten Verhalten der Bettelnden geführt.

In Bezug auf das Verrichten der Notdurft außerhalb der Bedürfnisanstalten zeigten die im Bahnhofsviertel aufgestellten Urinale eine spürbare Verbesserung, was zur Absenkung der Verstöße ebenso beitrug, wie der hohe Kontrolldruck in den Problemgebieten, beispielsweise im oberen Bereich der Kaiserstraße (Kaisertor), in der Elbestraße sowie im Wendebereich der Niddastraße (sog. Niddasack).

Neben dem Kontrolldruck ist der Rückgang des Konsums von Alkohol auf die durch die Baumaßnahmen der DB AG geschlossenen Zugangsbereiche zur B-Ebene des Hauptbahnhofes zurückzuführen. Es sind dadurch weniger Flächen vorhanden, auf denen verbotswidrig Alkohol konsumiert werden kann.

Eingeleitete Verwarn- und Bußgeldverfahren nach der GAVO	2014	2015	2016	2017	2018	2019	2020	2021	2022	2023
Aggressives Betteln oder Betteln mit oder durch Kinder	42	52	31	184	433	577	387	470	540	407
Verrichtung der Notdurft außerhalb von Bedürfnisanstalten	144	133	111	195	156	215	346	147	193	186
Konsum von Alkohol	189	263	232	476	406	282	179	110	119	100

GAVO = Gefahrenabwehrverordnung

Strafanzeigen der Stadtpolizei

Bei der Anzahl der Strafanzeigen ist im Vergleich zum Vorjahr eine leichte Steigerung von 6,7 Prozent zu verzeichnen. Insbesondere bei der Anzahl der Verfahren nach dem Aufenthaltsgesetz, die im Kontext der verstärkten Zuwanderung und der damit einhergehenden Kontrollen stehen, zeigt sich eine Steigerung von 17,9 Prozent im Vergleich zu 2022. Der deutlichste Anstieg in Höhe von 71,9 Prozent ist bei den unter „Sonstiges“ erfassten Strafanzeigen festzustellen. Dies zeigt die Bandbreite des Aufgabenspektrums und das konsequente Vorgehen gegen strafbare Handlungen in vielen Deliktsbereichen.

Im Bereich der Fahrzeugüberprüfungen wurde ein besonderes Augenmerk auf Fahrzeuge gerichtet, die aufgrund ihres äußeren Erscheinungsbildes die Vermutung nahelegen, dass für diese keine gültige HU-Untersuchung vorliegt oder die Plakette manipuliert bzw. gefälscht wurde. Diese Fälle häuften sich in der Vergangenheit und schlugen sich letztlich durch festgestellte Urkundenfälschungen mit einer Steigerung von 39 auf 44 Fälle gegenüber dem Vorjahr nieder.

Die Anzahl der Anzeigen wegen beharrlicher Prostitutionsausübung blieb aufgrund der Öffnung der Laufhäuser nach Ende der Corona-Zeit, wie im Vorjahr, auf weiterhin niedrigem Niveau.

Strafanzeigen der Stadtpolizei (ohne Verstöße gegen das BtMG)	2014	2015	2016	2017	2018	2019	2020	2021	2022	2023
Gesamt	753	1.275	3.122	3.797	3.611	3.370	2.585	2.361	2.024	2.159
Aufenthaltsgesetz	441	449	485	583	570	458	322	308	345	407
Strafverfahren gegen Arbeitgeber/innen wegen illegaler Beschäftigung nichtdeutscher Staatsangehöriger	67	37	64	91	46	16	16	8	24	35
Urkundenfälschung - vorwiegend gefälschte Feinstaubplaketten, Bewohnerparkausweise	20	22	26	19	29	28	34	28	39	44
Pflichtversicherungsgesetz*	89	631	2.537	2.894	2.850	2.715	1.997	1.766	1.447	1.434
Sonstige Verkehrsstraftaten*	7	10	16	7	22	33	35	51	38	32
Verbotene Prostitution § 184 f StGB	14	11	5	6	0	4	49	56	14	11
Umweltgefährdende Abfallbeseitigung	27	40	23	23	15	30	12	40	21	31
Sonstige (z.B. Steuerhinterziehung, Sachbeschädigung, Körperverletzung, Betrug, Siegelbruch, Fischwilderei)	77	74	86	172	79	86	120	59	96	165

BtMG = Betäubungsmittelgesetz / FE = Fahrerlaubnis

*(Fahren ohne FE, Kfz-Steuerrecht/Abgabeordnung, Trunkenheit / Straßenverkehrsgefährdung im Wege des ersten Zugriffs)

Sicherheitstelefon

Die Stadtpolizei Frankfurt ist über ihr Sicherheitstelefon unter der Rufnummer 069/212-44044 rund um die Uhr erreichbar. Dort erhalten Anrufende umgehend Auskunft über ordnungsrechtliche Angelegenheiten, die Mitarbeitenden nehmen Hinweise entgegen und leiten sie an die zuständigen Ämter und Behörden weiter.

Die Anzahl der Anrufe ging gegenüber den Vorjahren erneut weiter zurück. Es ist eine Entwicklung in der „Post-Corona-Zeit“ zu erkennen, in der sich insbesondere Anrufe zu Lärm/Ruhestörungen (-535), zu allgemeinen Auskünften/sonstigen Maßnahmen (-1.206) und zu Zuständigkeiten anderer Behörden (-499) reduzierten.

Besonders hervorzuheben ist hierbei der Rückgang der Anrufe hinsichtlich allgemeiner Auskünfte/sonstiger Maßnahmen, was den Schluss zulässt, dass eine gegenüber der Corona-Zeit konstantere Gesetzeslage, weniger Unklarheiten bei den Bürgerinnen und Bürgern zurücklässt und diese offensichtlich über die Zuständigkeiten besser informiert sind.

Anrufe beim Sicherheitstelefon	2014	2015	2016	2017	2018	2019	2020	2021	2022	2023
Gesamt	14.811	17.042	18.234	17.314	16.266	18.033	21.561	23.419	14.907	12.294
Lärm/ Ruhestörungen	2.469	2.783	2.319	2.472	2.564	2.471	2.638	2.418	2.646	2.011
Umwelt- und Naturschutz	1.201	1.131	716	518	604	641	667	636	497	464
Thematik Hunde	325	207	156	155	180	215	169	174	180	187
Problemgruppen (z. B. aggressive Bettler/innen, lagernde Personengruppen)	695	697	609	756	808	697	689	695	450	477
Thematik Straßenverkehr	3.600	4.631	4.861	4.779	4.052	5.028	4.681	5.060	3.444	3.283
Allgemeine Auskünfte/sonstige Maßnahmen	4.765	6.235	5.877	4.741	3.667	3.780	7.293	7.909	4.049	2.843
Zuständigkeit anderer Behörden	1.363	1.133	2.228	2.363	2.865	3.503	1.946	2.029	1.909	1.410
Sonstige Maßnahmen der Gefahrenabwehr	nicht separat erhoben	nicht separat erhoben	1.468	1.530	1.526	1.698	3.478	3.324	1.732	1.619

Sicherheitsmobil

Das Sicherheitsmobil der Stadtpolizei wird als „mobile Wache“ in den Stadtteilen, auf Festen, Veranstaltungen und bei besonderen Einsatzlagen eingesetzt. Es erfolgen Beratungen, Anzeigenaufnahmen und in den jeweiligen Stadtteilen zusätzliche Bestreifungen während der Aufstellzeit des Sicherheitsmobils.

Die Anzahl der Einsätze des Sicherheitsmobils konnte wieder auf das Niveau vor der Corona-Pandemie gehoben werden, auch die Standzeiten haben sich entsprechend erhöht. Die Anzahl der Bürgergespräche nahm ebenfalls zu.

Die jeweiligen Einsatztermine werden immer rechtzeitig vorab in der Presse veröffentlicht, können aber auch jederzeit über die Homepage der Stadt Frankfurt am Main unter [Termine Sicherheitsmobil | Stadt Frankfurt am Main](#) abgerufen werden.

Einsätze des Sicherheitsmobils	2014	2015	2016	2017	2018	2019	2020	2021	2022	2023
Anzahl der Einsätze	107	79	74	47	51	85	64	18	64	87
Standzeiten (in Stunden)	466	418	147	94	135	172	130	40	138	144
Anzahl der Bürgergespräche	1.223	1.618	485	285	394	773	955	542	831	429

Impressum

Stadt Frankfurt am Main
– Der Magistrat –
Ordnungsamt – 32.PÖA
Presse- und Öffentlichkeitsarbeit
Kleyerstraße 86
60326 Frankfurt am Main

Tel.: 069/212-49999
Email: presse.ordnungsamt@stadt-frankfurt.de
Internet: frankfurt.de/ordnungsamt

Weitere Informationen unter: [Stadtpolizei | Stadt Frankfurt am Main](#)
Die Statistik und die Grafiken sind abrufbar unter:
frankfurt.de/stadtpolizeiliche-statistik-2023